Berliner Tageblatt

XV. Jahrg. Nr. 4

28. Januar 1926

When-Ausgabe

für Inland und Uebersee

Erscheint Donnerstag: Bezugspreis für das Ausland: jährlich: Aegypten 25 sh, Argentinien 14 Peso p., Belgien 90 Frs., Bolivien 5 $ U.S.A., Brasilien 30 Milreis, Bulgarien 6 00 Lewa, Chile 56 Peso p., China 25 sh, Columbien 5 $ U.S.A., Dänemark 24 kr., Ecuador 5 $ U. S. A., Estland 160 estn. M., Finnland 250 finn. M., Frankreich 90 Frs., Griechenland 320 Dracmen, Grossbritannien u. Kol. 25 sh, Holland 12.50 fl., Italien 75 Lire, Japan 12 Yen, Jugoslawien 820 Dinar, Lettland 1200 lettl. Rub., Litauen 40 Lit, Luxemburg 90 Frs., Mexiko u. Kuba 5 $ U.S.A., Niederländisch-Indien 12,50 fl., Norwegen 25 Kr., Oesterreich 40 Schilling, Paraguay 14 arg. Peso p., Peru 1½ Lp., Polen 5 $, Portugal 100 Esc., Rumänien 750 Lei, Schweden 20 Kr., Schweiz 30 Fr., Spanien 30 Pesetas, Tschechoslowakei 150 Kr., Türkei 25 sh, Uruguay 5 Peso oro, U.S.S.R. 5 $ U.S.A., Venezuela u. Zentralamerika 5 $ U.S.A., Verein. Staaten (U.S.A.) 5 $.

Anzeigen für die zweiligespaltene Nonpareillezeile (Rudolf Mosses Zeilenmesser 4) 0,90 RM. Rubrik Deutsche Waren 0,75 RM. Zeilenmesser 4) 0,90 RM. Rubrik Deutsche Waren 0,75 RM. für die 27 mm breite Zeile n. bes. Tarif. Alleinige Anzeigenannahme: Annoncen-Expedition Rudolf Mosse, Berlin SW 19. Breslau, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Hamburg, Halle a. S., Köln a. Rh., Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München, Nürnberg, Stuttgart, Prag, Wien, Budapest, Warschau, Bukarest, Amsterdam, Basel, Zürich. Druck u. Verlag von Rudolf Mosse, Berlin. Telegr.-Adr.: „Berlitia" Berlin. — Rudolf Mosse-Code.

Das erste Dawes-Jahr.

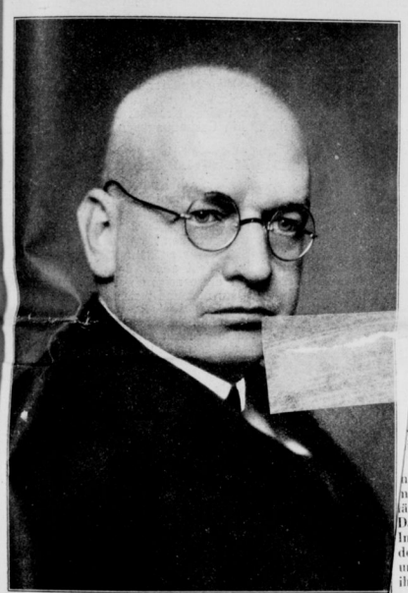
Der Bericht des Reparationsagenten.

Von

Maximilian Müller-Jabusch.

Der Generalagent für die Reparationszahlungen, Parker Gilbert, hat über das erste Jahr der Arbeiten des Dawes-Planes einen Bericht gegeben, der einen glänzenden Ueberblick über die Entwicklung der deutschen staatlichen und privaten Wirtschaft nach der Stabilisierung gibt. Er kommt zu dem Schluss, dass der Dawes-Plan sich bewährt und dass Deutschland alles tut, um sein Funktionieren zu gewährleisten. Mit dieser Feststellung, die geeignet ist, unseren Kredit zu heben und die wir deshalb begrüssen, verbindet er höchst lehrreiche Untersuchungen.

Das erste Dawes-Jahr sollte ein Schonjahr sein. Nicht nur dass die wesentlichen Zahlungen aus dem Ertrage der grossen Anleihe bestritten werden sollten, es war auch von vornherein klar, dass die Ausgaben, die gemacht werden mussten, zum grössten Teil innerhalb Deutschlands bleiben sollten. Entsprechend dienten die Beträge der ersten Jahreszahlung in erster



Reichskanzler Dr. Luther, *Transoc.*
dem nach vielen Schwierigkeiten die Bildung des neuen Kabinetts gelang.
(Neueste Aufnahme.)

Linie zur Bezahlung der Sachleistungen und der Besatzungskosten. Aber das Prinzip hat schon eine Durchlöcherung erfahren, die dem Reparationsagenten auch einiges Kopfzerbrechen gemacht hat, nämlich die englische Einfuhrabgabe. England hat sie eingeführt, weil es kein Bedürfnis nach Sachleistungen hat, also seinen Anteil an den Barzahlungen sicherstellen will. Nicht weniger als 153 Millionen Mark mussten in englischen Pfunden abgeführt werden. Kein Zweifel, dass dieser Zwang die Freiheit des Transferausschusses behindert. Dazu treten noch 25 Millionen, die Frankreich auf Grund eines gleichen Gesetzes erhalten hat und schliesslich noch der Zinsendienst der Reparationsanleihe. Es ist ja zwischen der deutschen Regierung und Frankreich und England zu einem Abkommen gekommen, die die Technik dieser Abgabe sehr vereinfacht, das ändert aber nichts daran, dass Devisen in dieser sehr erheblichen Höhe der Entscheidung des Transferausschusses entzogen sind. Und man kann zwischen den Zeilen des Berichts lesen, dass der Reparationsagent davon keineswegs entzückt ist. Noch machen sich die Folgen nicht bemerkbar, denn das Transferproblem in seiner ganzen Schwere wird ja erst in den nächsten Jahren akut werden, aber sehr optimistisch kann man in dieser Hinsicht nicht in die Zukunft schauen. Die London Vereinbarungen haben mehrere Sonderkommissionen geschaffen, für die Reichsbank, für die Reichsbahn, für die verpfändeten Einnahmen usw., die mit Sonderberichten aufwarten. Der interessanteste dieser Berichte ist der der Kommission für die verpfändeten Einnahmen. Diese Einnahmen werden ja jetzt noch nicht für die Zahlungen in Anspruch genommen. Erst im dritten Jahre sollen sie beisteuern. Nun ist der Ertrag der verpfändeten Einnahmen, nämlich der Zölle und der Steuern auf Tabak, Bier, Branntwein und Zucker, auf 1250 Millionen veranschlagt. Aber die Eingänge haben im ersten Jahre — wobei der erste Monat ausscheidet — fast 1600 Millionen gebracht. Erhalten sich die Eingänge in derselben Höhe, und nach den neuen Zollgesetzen muss man damit wohl rechnen, so ergibt sich daraus, dass unter Umständen der sogenannte „kleine Besserungsschein" in An-

g kommen kann. Falls nämlich im dritten Jahr der Erhe Milliarde überschreitet, so erhöht sich der dann vorhe Beitrag zu den Reparationszahlungen von 110 Millionen dritten Teil des Ueberschusses bis auf höchstens 250 Mil-

Wir können es also erleben — und dafür müssen wir briosen Zollpolitik des Herrn v. Schlieben unseren Dank en — dass wir im dritten Jahre statt 1200 Millionen 1340 Millionen zahlen! Das ist das Resultat olitik des ersten Bürgerblockkabinetts, das die deutsche ik hatte!

er nicht nur die Zollpolitik, die gesamte Finanzpolitik Kabinetts hat keine erfreulichen Früchte getragen. Der beschäftigt sich eingehend mit deren merkwürdigen aten: er kritisiert nicht expressis verbis, das Material, zusammenstellt, ist Kritik genug. Gegenüber dem Vorag hatte das Rechnungsjahr 1924/25 für die Besitz- und rssteuern ein Mehrergebnis von 1577,6 Millionen, für die und verpfändeten Einkünfte von 410,4 Millionen. Die Folge Ausgaben, die der Bericht als nicht unbedingt notwendig hnet. Er meint, dass die öffentlichen Ausgaben gefährliche Neigung zum Steigen aufen. „und das gerade in einer Zeit, da es für die sche Wirtschaft das dringendste Bedürfist, dass ein möglichst grosser Anteil des kseinkommens in produktive Bahnen gelet wird ... Ausserdem besteht die Gefahr, dass unhohe Steuern durch Schwächung der stungsfähigkeit des Landes die Steuerllen selbst zum Versiegen bringen". Das Worte, die der Finanzminister jedem seiner Geheimräte rahmt ins Zimmer hängen sollte! Die Kritik trifft wieder Bürgerblockkabinett und seinen Finanzminister v. Schlieben.

e Folgen dieser Thesaurierungspolitik machen sich in den ditverhältnissen geltend. Die zentrale Bank schlands soll die Reichsbank sein. Nun sind aber in den n Jahren mehrere öffentliche Banken entstanden, die erBedeutung gewannen, als der Steuerfiskus plötzlich über e Mittel verfügte, die der Wirtschaft zu viel abgezapft n, die Reichs-Kredit-Gesellschaft, die Verkehrs-Kredit-Bank, von der Reichsbahn kontrolliert wird, die Staatsbanken, die entralen. So ergab es sich, dass die Staatsbanken, die tal zusammen etwa 44 Millionen Mark beträgt, am 31. Aug[illegible] 1925 Millionen Einlagen verfügten, dass ihre Kapi[illegible] bei den grossen Privatbanken 11 Prozent war. Natürl[illegible] sten diese Gelder ausgeliehen werden, aber ihre Na[illegible] chte es mit sich, dass die Auslehnung nur kurzfristig erfolgen [illegible]. Die Wirtschaft braucht aber Gelder, die langfristig zur fügung gestellt werden können. Betriebs- und Anlagekapital. st allmählich ist die Verwendung dieser Gelder in ein einitliches und nutzbringendes System gebracht. Der Bericht tont, dass es notwendig ist, die Bewirtschaftung dieser Geldittel immer mehr in die Hände der Reichsbank zu legen.

Das langfristig zur Verfügung gestellte Kapital muss jetzt h der Hauptsache aus dem Auslande kommen. Freilich muss auch hier eine weise und besonnene Leitung dem ausländischen Gelde die richtigen Bahnen weisen. Im ersten Dawes-Jahr haben deutsche Länder, Gemeinden und die deutsche Industrie Anleihen aus dem Auslande erhalten, die den Betrag der Dawes-Anleihe übersteigen. Die Anleihen für Gemeinden und öffentliche Betriebe werden jetzt von einer Reichsstelle auf ihre Notwendigkeit geprüft.

Die deutsche Handelsbilanz im ersten Dawes-Jahre ist — das war nicht anders zu erwarten — stark passiv gewesen. Aber das Reparationsproblem ist ja in erster Linie ein Ausfuhrproblem. Nur aus dem Ueberschuss der Ausfuhr können die Reparationen auf die Dauer wirklich geleistet werden. Und ob das möglich ist, das hängt nicht von Deutschland allein ab. Der Reparationsagent fasst deshalb diese Dinge mit spitzen Fingern an und hütet sich fast, die Frage selbst zu formulieren. Man muss sehr zwischen den Zeilen lesen, wenn man folgendes liest: „Viel wird davon abhängen, in welchem Masse die nächsten Jahre imstande sein werden, die Schranken abzubauen, die dem Handel zurzeit gezogen sind, und den Warenverkehr zwischen den Nationen zu steigern und anzuregen. Eine Reihe der schärfsten Verbote und Beschränkungen haben sich in der praktischen Erfahrung als unvorteilhaft erwiesen, so dass man sie bereits aufgehoben hat. Viele jedoch bleiben bestehen, andere sind vor kurzem eingeführt worden, und zwar in Gestalt von Schutzzöllen oder Einfuhrbeschränkungen gegen bestimmte Waren oder unterschiedliche Behandlung bestimmter Völker. Unter den Verhältnissen, denen fast der gesamte europäische Handel gegenübersteht, ist es eine Frage, ob nicht auch diese Handelsbeschränkungen sich als unwirtschaftlich erweisen werden, selbst vom Standpunkt der Völker aus, die sie schufen. Für Länder, die — wie Deutschland — in grossem Massstabe auf eine Ausfuhr angewiesen sind, bedeuten diese Schranken ein ganz besonders schwieriges Problem; denn, um dem Wettbewerb an Auslandsmärkten begegnen zu können, müssen die deutschen Erzeuger, falls sie nicht in Gestalt von Kredit oder Warenbeschaffenheit oder sonstwie besondere Vorteile zu leisten vermögen, entweder die Einheitskosten bei der Erzeugung von Einzelwaren herabdrücken und sie denen bei der Massenerzeugung angleichen, andernfalls müssen sie ihre Waren im Inlande zu Preisen verkaufen, deren Höhen ihnen gestattet, die Preise im Ausland zu unterbieten." Das ist eine Kritik, die nicht uns, sondern die anderen trifft.

Parker Gilbert fasst seinen Bericht dahin zusammen, dass die beiden Hauptziele des ersten Jahres, die Stabilisierung der Währung und die Ausgleichung des Staatshaushalts, erreicht wurden. Er fügt hinzu, dass Deutschlands Handel und Industrie jetzt das Problem zu lösen haben, ihr Betriebskapital zu ergänzen und ihre Betriebsführung nach Richtlinien einzustellen, wie die veränderten Verhältnisse sie erheischen. Die Frage, ob der Dawesplan auf die Dauer durchzuführen ist, schneidet er nicht an.

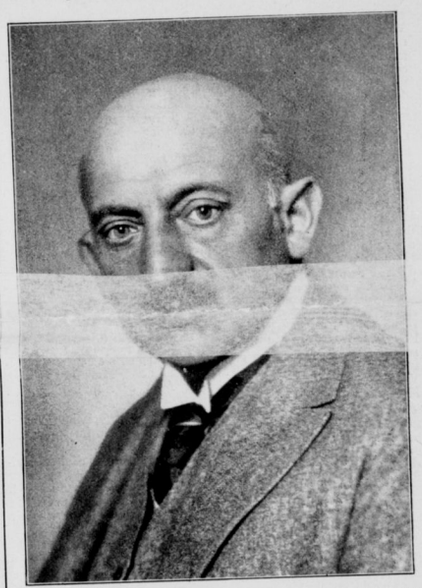
Die Lehren der letzten Regierungsbildung.

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. Ludwig Haas (Karlsruhe),
Mitglied des Reichstags.

Die lange Dauer der letzten Regierungskrisis hätte vermieden werden können. Man soll nicht das demokratisch-parlamentarische System anklagen, dass es in schweren Wochen keine Regierung hat bilden können; man soll die Anklage richten gegen die Staatsmänner, die das Wesen des Parlamentarismus immer noch nicht verstehen oder nicht verstehen wollen.

Man mag Gründe dafür gehabt haben, dass nicht sofort nach dem Ausscheiden der Deutschnationalen aus dem Kabinett ein Auftrag zur Bildung eines Kabinetts gegeben wurde. Sicher aber ist, dass damals schon wertvolle Zeit verloren ging. Es ist schwer zu begreifen, warum nicht schon damals offizielle oder doch offiziöse Verhandlungen eingeleitet wurden. Warum aber nicht sofort nach der Zeichnung des Vertrages von Locarno die Ratgeber des Reichspräsidenten ihm empfohlen haben, nunmehr den Auftrag zur Regierungsbildung einer geeigneten Person zu



Dr. jur. h. c. Arthur Guttmann, *Transocean.*
Generalbevollmächtigter des Bankhauses S. Bleichröder, starb in Berlin.

übertragen, und warum man wieder mit Besprechungen ohne Auftrag Zeit vergeudete, war völlig unverständlich. Schliesslich, nachdem lediglich durch die Schuld der Ratgeber des Herrn Reichspräsidenten unnötige Zeit verloren war, erhielt Koch den Auftrag zur Regierungsbildung. Er erhielt aber nicht, wie das dem Wesen des Parlamentarismus und dem Geist der Verfassung entspricht, einen allgemeinen Auftrag, eine Regierung zu bilden, sondern er erhielt, was in der Geschichte des neuen deutschen Staates noch nie der Fall war und wofür wohl kaum ein Beispiel in der Geschichte älterer parlamentarischer Staaten gefunden werden kann, einen beschränkten Auftrag, eine Regierung der grossen Koalition zu bilden. Der Reichspräsident hat nach der Verfassung den Mann zu wählen, dem er die Bildung der künftigen Regierung anvertraut. Er wird bei der Auswahl sich immer Gedanken darüber machen müssen, wie man ein parlamentarisch brauchbares, auf der Unterstützung der Fraktionen beruhendes Kabinett bilden kann, und er wird danach die Auswahl treffen. Bei dem Auftrag aber dann den künftigen Kanzler auf eine bestimmte Koalition zu verpflichten, widerspricht dem Sinne des Artikels 53 der Reichsverfassung und ist geradezu ein Zugeständnis an jene falsche und gefährliche Demokratie, die in den Ministern nicht Führer, sondern Diener des Parlaments sieht. Es ist kein Zufall, warum überall in der Welt derartig beschränkte Auftragserteilungen nicht üblich sind. Sie müssten zu jener Parlamentsherrschaft führen, die dem Wesen einer gesunden Demokratie nicht entspricht. Jener beschränkte Auftrag beruhte auf keinem klugen Rat; wenn wir annehmen wollen, dass dieser Rat auf sachlichen Erwägungen beruhte, dann bleibt doch ein peinliches Verkennen des Wesens der Regierungsbildung übrig. Wäre der unbeschränkte Auftrag erteilt worden, dann hätte selbstverständlich Koch gemäss unserer politischen Anschauungen sich auch mit voller Kraft für eine Regierung der grossen Koalition eingesetzt. Er hätte aber, nachdem